

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 22. FEBRUAR 2022



Foto: Bremische Bürgerschaft

DEBATTE **FALK WAGNER: UMBAU VON TENEVER LEHRT UNS RESPEKT**

Die Bürgerschaft hat heute das Ortsgesetz über die förmliche Festlegung eines Entwicklungsbereichs Osterholz-Tenever aufgehoben. Falk Wagner, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, nutzte seine Rede, um hervorzuheben, was in der Vergangenheit erreicht wurde, aber auch, um Herausforderungen zu benennen, die in Zukunft angegangen werden müssen. Wagner: „Für mich ist vor allem wichtig, was uns der Umbau von Tenever lehrt: Respekt!“

Bei dem heutigen Beschluss der Bürgerschaft handele es sich zwar in erster Linie um einen formellen Akt, er biete aber eben auch die Gelegenheit, um zurückzublicken, erklärte Wagner. „Wir müssen Respekt haben vor dem, was in Tenever geleistet wurde“, so der Sozialdemokrat. „In einem Quartier, das einige zum Totalabriss freigeben wollten, hatte man den Mut, nicht vor der Größe der Herausforderungen zu kapitulieren, sondern man hat sich getraut, spektakulär zurückzubauen, Grünflächen neu zu schaffen, große Infrastruktur wie die Straßenbahn neu anzulegen.“

„Ebenso habe ich großen Respekt davor, wozu sich Tenever gemauert hat“, erklärte Wagner und nannte einige Beispiele: „Tenever ist ein Quartier mit 10.000 Einwohnern, in dem sogar wieder neu gebaut wird. Es ist ein Quartier mit einigen der erfolgreichsten und beliebtesten

Schulen der ganzen Stadt. Und es ist ein Quartier, über das die Bewohner sagen: ‚Ich wohne hier gerne. Ich will hier bleiben, meine ganze Familie wohnt hier, es ist grün, gut angebunden und bezahlbar – das ist, wofür Tenever heute steht und was Tenever für die Gesamtstadt leistet.“

Wagner betonte, der heutige Beschluss sei aber auch ein Auftrag für die Zukunft. „Respekt müssen wir auch haben vor dem, was es in Tenever noch zu leisten gilt“, sagte er. So fehle im Quartier ein Nahversorger. „Das entspricht nicht dem Maßstab der 10-Minuten-Stadt, den wir als SPD-Fraktion formuliert haben“, betonte Wagner. Doch werde hier gehandelt, ein Nahversorger entstehe – durch die Gewoba. „Hier zeigt sich, wie gut es ist, dass wir mit dieser städtischen Gesellschaft handeln können“, sagte Wagner, und nannte als weitere Herausforderung die Neuwieder Straße 3. Dort herrschten

unzumutbare Zustände, die dem Ruf des Quartiers schadeten, erklärte Wagner, der dabei die Eigentümer in die Pflicht nahm. „Auch sie haben Verantwortung“, sagte er in deren Richtung und kündigte an: „Sie können sicher sein: Wir werden aktiv bleiben und die Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes nutzen.“ Den betroffenen Mietern riet er, sich einem Mieterverein anzuschließen, um Unterstützung zu erhalten. Für Menschen in Grundsicherung habe die rot-grün-rote Koalition die Übernahme der Kosten für eine solche Mitgliedschaft beschlossen.

Wagner abschließend: „Die Botschaft, die von dem heutigen Tag an diesen faszinierenden, vielleicht nicht vor Gold glänzenden, aber charaktervollen Stadtteil ausgeht, sollte sein: Tenever mag am Rand von Bremen liegen, aber es gehört ins Zentrum der Bremer Politik!“

FRAGESTUNDE MITTLER:INNEN: WANN ERFOLGT EINE ÜBERNAHME?

Sprach- und Kulturmittler:innen und Sprach- und Integrationsmittler:innen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration, indem sie aus dem Ausland zugezogenen Menschen zum Beispiel bei Sprachbarrieren oder bei Behördenbesuchen unterstützen. Die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel, wollte in der Fragestunde vom Senat wissen, wann dieser das von der Bürgerschaft in einem Beschluss geforderte Konzept zur Übernahme dieser Mittler:innen vorzulegen beabsichtigt, wie der Erarbeitungsprozess sich gestaltet und wie die Verzögerung von mehr als einem halben Jahr zu erklären ist.

In ihrer Antwort für den Senat erläuterte Anja Stahmann zunächst noch einmal, dass es sich bei Sprach- und Kulturmitt-

ler:innen um ein arbeitsmarktpolitisches Programm handele und führte aus: „Das Konzept zur Übernahme von Sprach- und Kulturmittler:innen sowie Sprach- und Integrationsmittler:innen in den öffentlichen Dienst befindet sich derzeit in Erarbeitung. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Klärung über die Finanzierung der Stellen in den Ressorts bzw.



Valentina Tuchel

senatorischen Dienststellen, die entsprechende Bedarfe gemeldet haben.“

Kriterien für dieses Konzept seien die Erarbeitung

von Stellenprofilen und notwendigen Qualifikationen, die Bewertung und Eingruppierung der zu besetzenden Stellen und die Finanzierung in den Produktplänen, so die Sozialsenatorin weiter. Zur Verzögerung erklärte sie, dass bisher nicht abschließend geprüft werden konnte, wie die Stellen aus dem beschlossenen Haushalt der Produktpläne finanziert würden. Für das Konzept stünden im aktuellen Doppelhaushalt keine Mittel zur Verfügung. Auf Tuchels Nachfrage erklärte Stahmann, diese Prüfung müsse in Absprache mit den anderen beteiligten Ressorts – Arbeit und Finanzen – im Senat beschlossen werden. Dies solle zeitnah geschehen. Nach der entsprechenden Abstimmung solle auch der Abschlussbericht in der zuständigen Deputation vorgelegt werden.

FRAGESTUNDE MARCUSALLEE: MÖGLICHKEITEN FÜR GANZTAG?

Wie bewertet der Senat den Wunsch der Schule für Hören und Kommunikation an der Marcusallee, angesichts der Anzahl der Schüler:innen mit weitem Anfahrtsweg zur offenen Ganztagschule zu werden? Und welche zusätzlichen personellen und räumlichen Ressourcen sowie Sachmittel und welche zusätzlichen Herausforderungen wären mit einer solchen Umwandlung verbunden? Das wollte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, heute in der Fragestunde vom Senat wissen.

„Es ist das erklärte Ziel des Senats, Grundschulen und weiterbestehende Förderzentren zu Ganztagschulen auszubauen. Zudem besteht ab dem Schuljahr 2026/27 der Rechtsanspruch für alle Einschulungskinder. Vor diesem Hintergrund sowie in Anbetracht der speziellen Umstände der Schule wird auch der Wunsch der Schule an der Marcusallee begrüßt“, erklärte dieser in seiner schriftlichen Antwort. Im Hinblick auf den genannten Rechtsanspruch arbeite die Bildungsbehörde derzeit an einem umfassenden Ganztagsausbau-Programm. Der Ausbau einer einzelnen Schule sei – insbesondere vor dem Hintergrund eng begrenzter finanzieller und baulicher Ressourcen – in das Gesamtkonzept einzupassen. Im Rahmen des Programms



Gönül Bredehorst

werde jede Grundschule berücksichtigt werden.

Baulich wären in der Schule an der Marcusallee keine Maßnahmen für die Umstellung auf einen Ganztagsbetrieb notwendig, erklärte der Senat weiter und führte aus: „Personell müssten eine Sonderpädagog:in sowie vier gebärdensprachkompetente Erzieher:innen und ein:e gebärdensprachkompetente Sozialpädagog:in eingesetzt werden. Es wäre ein Caterer bzw. Konzessionär zu beauftragen, der die Zubereitung des Essens bzw. die Versorgung verantwortet. Offene Ganztagsgrundschulen erhalten je nach Modell vier Lehrerwochenstunden sowie zwischen sieben und 13 Erzieher:innenstunden pro Woche und Gruppe. Darüber hinaus wird ihnen eine Vertretungsreserve von 10 Prozent und eine Ressource für Früh- und Spätbetreuung sowie auch ein Schulleitungs- und Verwaltungsanteil zugewiesen.“

Ziel der aktuellen Schulstandortplanung sei die Entwicklung der Schule zu einem gebundenen Ganztagsangebot. Hierfür wären der Bau einer Mensa mit Küche sowie eventuell weitere Ausbau- und Anpassungsmaßnahmen erforderlich, so der Senat abschließend. Als weitere Herausforderung nannte er zudem, dass unter anderem Schüler:innen aus dem Umland an der Marcusallee beschult würden. In Abstimmung mit den Erziehungsberechtigten müsste eine gemeinsame Beförderung angeboten werden, da eine Beförderung zu unterschiedlichen Zeiten angesichts der finanziellen Ressourcen vermutlich nicht dargestellt werden könne.

FRAGESTUNDE WOHNUNGSLOSE: AUSWIRKUNGEN VON OMIKRON?

Wie hat sich die Omikron-Welle unter wohnungslosen Menschen verbreitet? Wie gestalten sich dabei die Unterkunft- und Quarantänemöglichkeiten? Und mit welchen weiteren Maßnahmen will der Senat die Situation dieser Menschen verbessern? Das wollte der SPD-Abgeordnete Ali Seyrek heute in der Fragestunde wissen.

Im Dezember seien zwölf Personen in der Wohnungslosenhilfe positiv auf das Corona-Virus getestet worden, im Januar waren es 20 Personen, antwortete der Senat

schriftlich und erklärte: „Der Zentralen Fachstelle Wohnen stehen derzeit fünf



Ali Seyrek

Quarantäne-Häuser zur Verfügung. Die Personen in Quarantäne werden mit Lebensmitteln sowie Hygieneartikeln versorgt und regelmäßig besucht. Menschen mit Suchterkrankungen werden vor

Ort in Zusammenarbeit mit den medizinischen Fachkräften der Überbrückungs-substitution, dem Sozialpsychiatrischen Dienst sowie einem Pflegedienst unterstützt. Der Pflegedienst übernimmt darüber hinaus die weitere gesundheitliche Versorgung.“ Betroffene würden zudem über die regelhaften Impfangebote im Café Papagei sowie die Möglichkeiten zur Impfung in den Unterkünften informiert. Für Testungen gebe es eine Kooperation mit dem Gesundheitsamt mit festgelegten Teststellen, wo Tests auch ohne Identifikationsnachweis möglich seien.